

DEUTSCHER BUNDESTAG
Ausschuss für Menschenrechte
und Humanitäre Hilfe
- Die Vorsitzende -

11011 Berlin 16. Juni 2004
Platz der Republik 1
Tel.: (030) 22 7-3 35 50
Fax: (030) 22 7-3 60 51

Bericht

(Zusammenfassung)

über die Delegationsreise

**des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
des Deutschen Bundestages**

**in den Sudan und nach Uganda
vom 8. – 17. Mai 2004**

I. Programm der Delegationsreise

Samstag, 8. Mai 2004

- 22.50 Uhr Ankunft in Khartoum/Sudan
 23.00 Uhr Gespräch mit Nahuib el Kheir, Staatsminister des Auswärtigen Amtes und Prof. Fatima Abd El Mahmoud, Gesundheitsministerin a.D. und unabhängige Abgeordnete
 00.00 Uhr Briefing mit europäischem Vertreter der AU-Vorausdelegation, Oberst Peter Stamps

Sonntag, 9. Mai 2004

- 08.00 Uhr Briefing durch Botschafter Gnodke
 09.30 Uhr Gespräch mit Staatsminister des Auswärtigen Amtes, Nahuib el Kheir
 12.30 Uhr Gespräch mit Malek Hussein, Oppositionsführer der Umma-Partei, und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses
 15.00 Uhr Gespräch mit Vertretern von Regierungsorganisationen
 16.30 Uhr Gespräch mit Vertretern internationaler Hilfsorganisationen
 19.30 Uhr Gespräch mit sudanesischen Menschenrechtsverteidigern und Vertretern der Zivilgesellschaft

Montag, 10. Mai 2004

- 10.00 Uhr Delegationsbesprechung
 11.00 Uhr Besuch einer Moschee, (mit Relikten des verstorbenen Politikers und religiösen Führers el-Mahdi)
 12.30 Uhr Gespräch mit dem Vorsitzenden der Umma-Partei, Sadiq el-Mahdi und Vertretern der Zivilgesellschaft
 14.00 Uhr Gespräch mit Parlamentariern aus der Region Darfur und politischen Akteuren
 15.30 Uhr Besuch des IDP-Camps „Shekan“, West-Umdurman
 19.00 Uhr Empfang in der Residenz des Botschafters, Unterredungen u.a. mit Vertretern von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, sudanesischen Politikern, Menschenrechtsverteidigern und politischen Akteuren aus der Region Darfur

Dienstag, 11. Mai 2004

- 07.00 Uhr Zurückweisung am Flughafen durch sudanesische Sicherheitskräfte bei dem Versuch, die geplante Weiterreise nach Darfur anzutreten
 10.15 Uhr Gespräch mit dem Chef der JMC (Joint Military Commission Nuba Mountains), Jan Eric Wilhelmsen,
 13.00 Uhr Gespräch mit arabischstämmigen Parlamentariern aus der Region Darfur
 14.30 Uhr Gespräch mit dem Vizepräsidenten des Parlaments, Angelo Beda, und weiteren Parlamentariern

15.45 Uhr Gespräch mit Colonel Cecil Dennis Giddens, Militärattaché der amerikanischen Botschaft

Mittwoch, 12. Mai 2004

03.40 Uhr Abflug in Khartoum nach Nairobi/Kenia (Britisch Airways)
 07.00 Uhr Ankunft in Nairobi/Kenia
 10.30 Uhr Abflug nach Lokichokkio (East African Safari)
 11.45 Uhr Ankunft in Lokichokkio
 13.00 Uhr Abflug nach Rumbek/Südsudan (Charter Queensway)
 16.30 Uhr Briefing durch Botschaft zur aktuellen Situation im Südsudan (Sebastian Groth)
 17.00 Uhr Gespräch mit Vertretern von UN-Organisationen
 19.30 Uhr Gespräch mit Mitarbeitern des CPMT (Civil Protection and Monitoring Team)
 20.30 Uhr Gespräch mit stellvertretendem Vorsitzenden der SPLM/A, Riek Machar

Donnerstag, 13. Mai 2004

08.30 Uhr Besuch von Projekten der Malteser und Diakonie in Rumbek
 11.00 Uhr Abflug nach Yei/Südsudan (Charter Queensway)
 13.00 Uhr Gespräch mit Adele Sowinska, CRS (Catholic Relief Services)
 14.00 Uhr Gespräch mit Commissioner Morris Lukulle (SPLM/A)
 16.00 Uhr Gespräch mit David Mayo
 17.00 Uhr Besuch eines Krankenhauses (Malteser)
 18.00 Uhr Empfang des Catholic Relief Services, Gespräche mit Vertretern verschiedener Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen

Freitag, 14. Mai 2004

09.00 Uhr Abflug nach Lokichokkio (Charter Queensway)
 11.15 Uhr Abflug nach Nairobi/Kenia (East African Safari)
 12.30 Uhr Ankunft in Nairobi/Kenia
 15.30 Uhr Briefing durch Botschafter Braun
 16.00 Uhr Gespräch mit Kjell Hødnebo, norwegischer Vertreter bei den Naivasha-Friedensverhandlungen
 17.00 Uhr Gespräch mit Vertretern des New Sudan Council of Churches (NSCC)
 18.00 Uhr interne Vorbereitung der Pressekonferenz
 18.30 Uhr Pressekonferenz mit Korrespondenten deutscher Medien
 19.30 Uhr informelles Abendessen mit Medienvertretern

Samstag, 15. Mai 2004

07.45 Uhr Abflug nach Entebbe/Uganda (Kenia Airways)
 08.50 Uhr Ankunft in Entebbe/Uganda, Abholung durch Botschafter Dr. Mühlen
 11.00 Uhr Mittagessen mit Vertretern der gtz, ded, FES, KAS und DWHH
 12.00 Uhr Gespräch mit Cynthia Burns, UNHCR

- 14.00 Uhr Gespräch mit ugandischen Parlamentariern
15.00 Uhr Gespräch mit Julius B. Onen, Staatssekretär im Außenministerium,
16.00 Uhr Besuch des Naguru Remand Home (Untersuchungsgefängnis für Jugendliche)
17.30 Uhr Gespräch mit Margaret Sekaggya, Vorsitzende der Uganda Human Rights Commission
19.30 Uhr Abendessen mit Vertretern verschiedener Organisationen und regionalen Beauftragten

Sonntag, 16. Mai 2004

- 11.00 Uhr Gespräch mit gtz, Gerald Duda, zur Situation in Norduganda
13.00 Uhr Mittagessen mit Vertretern der gtz
16.00 Uhr Gespräch mit dem EU-Kommissionsvertreter, Botschafter Sigurd Illing
17.00 Uhr Gespräch mit dem britischem Botschafter Adam Wood
18.00 Uhr Gespräch mit Jane Kony, ded-Mitarbeiterin des ‚Rhino‘-Flüchlingscamps in Arua

Montag, 17. Mai 2004

- 09.10 Uhr Abflug nach London (British Airways)
16.05 Uhr Ankunft in London
individuelle Weiterreise nach Deutschland

II. Zielsetzung und Schwerpunkte der Reise

In der Zeit vom 08. – 17. Mai 2004 führten 5 Mitglieder des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe eine Delegationsreise in den Sudan (Nord- und Südsudan) und nach Uganda durch.

Im **Sudan** sollten vor dem Hintergrund der katastrophalen humanitären und menschenrechtlichen Situation in der Region Darfur konkrete Handlungsmöglichkeiten und Hilfsmaßnahmen zur Unterstützung und Verbesserung insbesondere der Lage der Flüchtlinge ausgelotet werden. Wichtig war den Parlamentariern, sich noch vor dem Einsetzen der Regenzeit über den Stand der Organisation und Koordination der erforderlichen humanitären Hilfsmaßnahmen zu informieren. Besondere Priorität hatte zudem der Besuch verschiedener Städte und Flüchtlingslager in der Krisenregion Darfur.

Im Mittelpunkt der geplanten Gespräche standen darüber hinaus der aktuelle Stand des unmittelbar bevorstehenden Abschlusses der Naivasha-Friedensverhandlungen und die menschenrechtliche und humanitäre Situation im Südsudan. Vorgesehen waren u.a. Gespräche mit sudanesischen Parlamentariern und Regierungsvertretern, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, der Rebellenorganisation SPLM/A, sudanesischen Menschenrechtsverteidigern und Vertretern der sudanesischen Zivilgesellschaft.

In **Uganda** sollten Gespräche u.a. zur humanitären und menschenrechtlichen Lage insbesondere im Norden des Landes, zur ugandischen Rolle im Friedensprozess in der Region der großen Seen, zu den Fortschritten bei der anstehenden Verfassungsreform und zur menschenrechtlichen Situation von Frauen und Kindern geführt werden. Geplant war zudem der Besuch von Flüchtlingscamps in Gulu und Arua. Hier sollten die Delegationsmitglieder u.a. mit Menschenrechtsverteidigern, Vertretern der Zivilgesellschaft und politischen Stiftungen zusammenkommen.

Die Reise wurde im Rahmen des vom Ausschuss für das Jahr 2004 gewählten Schwerpunktthemas „Menschenrechtliche und humanitäre Situation in Afrika“ durchgeführt und diente u.a. der Vorbereitung der geplanten öffentlichen Anhörung des

Ausschusses zur „menschenrechtlichen Verantwortung von Unternehmen im Kontext von Gewaltökonomien in Afrika“.

An der Delegationsreise haben teilgenommen: **Christa Nickels, MdB** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Delegationsleiterin und Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe, **Rudolf Bindig, MdB** (SPD), **Christoph Strässer, MdB** (SPD), **Irmgard Karwatzki, MdB** (CDU/CSU), **Prof. Dr. Egon Jüttner, MdB** (CDU/CSU), Saskia Leuenberger (Ausschusssekretariat), Heike Buerschaper (Dolmetscherin).

III. Zusammenfassung, Ergebnisse und Empfehlungen

Nordsudan:

Trotz massiver Beeinträchtigungen der Reise- und Programmplanung durch die sudanesische Regierung (s. Reiseverlauf, S. 12) haben die Delegationsmitglieder in Khartoum u.a. durch Gespräche mit Parlamentariern, Hilfsorganisationen und Menschenrechtsverteidigern einen umfassenden Einblick in die aktuelle menschenrechtliche und sicherheitspolitische Situation in der Region Darfur und den Stand der Friedensverhandlungen mit dem Südsudan erhalten können. Mit Bezug auf die Darfur-Krise wurden Gespräche mit Betroffenen aus der Region, Vertretern von Hilfsorganisationen und einzelnen sudanesischen Parlamentariern als besonders aufschlussreich erachtet. Die Delegation brachte in allen Gesprächen die große Sorge über die humanitäre Lage in der Krisenregion zum Ausdruck und betonte die Notwendigkeit unmittelbarer Hilfsmaßnahmen.

Die seitens der sudanesischen Regierung erklärte Bereitschaft, humanitäre Hilfsaktionen in der Krisenregion Darfur unverzüglich zu ermöglichen, wurde durch Aussagen und Erfahrungen internationaler Hilfsorganisationen widerlegt. Die Schilderungen der Hilfsorganisationen über bürokratische Hindernisse, Verzögerungen und Hinhaltungen entsprechen den Erfahrungen der Delegation.

Der Vorwurf internationaler fact-finding-missions einer direkten Beteiligung des sudanesischen Regimes an Übergriffen in der Region Darfur und einer ethnischen Dimension des Konflikts wurde von einigen Gesprächspartnern - darunter internationalen Beobachtern - bestätigt, regierungsseitig jedoch vehement bestritten.

Positiv hervorzuheben ist die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen mit namhafter Zusammensetzung.

Die Delegation hat den Eindruck gewonnen, dass der sudanesischen Regierung weder seitens nationaler - noch internationaler Beobachter zugetraut wird, die humanitäre Krise und den Konflikt aus eigener Kraft zu bewältigen. Eine zentrale Bedeutung bei einer nachhaltigen Konfliktlösung wird insbesondere der UN, aber auch der Afrikanischen Union (AU) beigemessen.

Die vordringlichsten Forderungen für die Krisenregion Darfur lassen sich wie folgt zusammenfassen: uneingeschränkter Zugang zur Region für Hilfsorganisationen, Schutz der Zivilbevölkerung, Überwachung der Waffenruhe und Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen.

Das Verhalten der sudanesischen Regierung, die der Delegation zunächst die Einreise in das Land verweigert und sie später an der Weiterreise in die Region Darfur gehindert hatte, wurde von den Delegationsmitgliedern mit großem Befremden und Unverständnis aufgenommen. Den deutschen Parlamentariern vermittelte sich dadurch der Eindruck, die politisch Verantwortlichen in Khartoum seien nur bedingt an einer schnellen Organisation der dringend erforderlichen Hilfsleistungen und einer zügigen Konfliktlösung interessiert.

Empfehlungen:

- Weiterhin intensiven, internationalen politischen Druck auf die sudanesischen Regierung ausüben, um eine schnelle Lösung der Darfur-Krise und einen zügigen Abschluss der Friedensgespräche mit dem Südsudan zu erreichen.
- Sowohl im UN-Sicherheitsrat als auch auf europäischer Ebene auf die Implementierung von internationalen Beobachtermissionen zur Überwachung der Einhaltung des Waffenstillstandsabkommen in der Darfur-Region drängen.
- Ausreichenden Schutz für die Beobachter sicherstellen und sowohl die Anzahl der Beobachter als auch die Ausstattung des Mandats an der ‚Joint Military Commission (JMC)‘- geführten Mission in den Nuba-Bergen ausrichten.
- Entschuldung des Sudans im Rahmen der HIPIC-Initiative prüfen.
- Erfolgsaussichten einer traditionellen Stammeskonferenz auf neutralem Boden erörtern.
- Erarbeitung einer stabilen politischer Lösung unter enger Einbeziehung der AU bei gleichzeitiger Analyse der Auswirkungen von Interessen multinationaler Akteure (USA, Ägypten, Tschad, Eritrea, islamische Gruppierungen) auf die Situation des Landes.
- Außerplanmäßige Aufstockung der finanziellen Mittel für humanitäre Hilfsmaßnahmen für die Region Darfur ad hoc um 5 Millionen Euro durch die Bundesregierung.
- Bereitstellung von Mitteln aus dem EU-Fonds für Entwicklungszusammenarbeit.
- Angeregt wird zudem eine enge Koordination der Projekte zwischen den beteiligten Ressorts.
- Kritisch-konstruktive Beobachtung der Arbeit der eingerichteten nationalen Kommission zur Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen.

Südsudan

Da der Delegation der geplante 3-tägige Aufenthalt in die Krisenregion Darfur durch sudanesischen Sicherheitsbehörden verweigert wurde, reisten die Parlamentarier kurzfristig in den Süden des Landes. In Gesprächen mit UN-Organisationen, Vertretern der Rebellenorganisation SPLM/A und deutschen und internationalen Nichtregierungsorganisationen informierten sie sich u.a. über den aktuellen Stand der Naivasha-Friedensverhandlungen, die Einordnung der Darfur-Krise in den gesamtsudanesischen Friedensprozess, die Rückführungen von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen (Internal Displaced Persons, IDP's) und geplante Maßnahmen zum Wiederaufbau des Südsudans. Die sudanesischen Gesprächspartner vermittelten der Delegation den Eindruck, sich intensiv mit den erforderlichen Maßnahmen zum Neu- bzw. Wiederaufbau des Südsudans zu befassen und ließen große Erwartungen an das deutsche Engagement beim notwendigen Wiederaufbau des Landes erkennen.

Empfehlungen

- Als vordringlich wird die Stabilisierung der humanitären Lage und der strukturelle Aufbau der Region erachtet, hierfür ist die Förderung infrastruktureller und institutioneller Maßnahmen erforderlich.
- Da die Finanzierung konkreter Hilfsprojekte z.T. an den erfolgreichen Abschluss der Naivasha-Friedensgespräche gebunden ist, wird gefordert, seitens der internationalen Staatengemeinschaft einen entsprechenden politischen Druck auf die Verhandlungspartner auszuüben.
- Empfohlen wird, die Entwicklung der rückkehrenden Flüchtlings- und Binnenvertriebenenströme weiter aufmerksam zu beobachten und zu begleiten.
- Die Delegation gewann zwar den Eindruck, dass erforderliche Hilfsmaßnahmen eingeleitet und gut koordiniert sind. Besorgniserregend ist jedoch die z.T. mangelnde Basisgesundheitsversorgung und ein unzureichendes Aus- und Weiterbildungssystem insbesondere für Mädchen. sowohl in den Flüchtlingslagern als auch in den Zielgebieten.
- Vorgeschlagen wird, Prioritäten zu setzen und deutsche Hilfsmaßnahmen und EZ-Projekte im Südsudan auf konkrete Bereiche – beispielsweise die ländliche Entwicklung und den Bildungssektor - zu konzentrieren und regional einzugrenzen. Dadurch könnten deutsche EZ-Arbeit sichtbar gemacht und ein ‚Versickern‘ deutscher Hilfsleistungen verhindert werden. Zu diesem Zweck wird eine enge

Kooperation des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung als dringend erforderlich erachtet.

Uganda:

Aus Sicht der Delegationsmitglieder macht die desolate Situation im Norden Ugandas eine regional getrennte Beurteilung der allgemeinen menschenrechtlichen und humanitären Lage des Landes erforderlich.

Die Delegationsmitglieder begrüßen, dass sich eine generelle kontinuierliche Verbesserung der menschenrechtlichen Situation in Uganda abzeichnet. Defizite sind offensichtlich auch auf administrative Schwächen im Polizei- und Justizbereich zurückzuführen. Als problematisch wird weiterhin die Anwendung der Todesstrafe und Folter angesehen.

Besonders hervorgehoben wird die Arbeit der ugandischen Menschenrechtskommission. Bereits die verfassungsmäßige Verankerung des Gremiums macht ein gestiegenes Problembewusstsein deutlich. Menschenrechtliche Aufklärungsarbeit ist jedoch weiterhin dringend nötig. So hätten die Gespräche beispielsweise ergeben, dass nicht allen zuständigen Behörden bekannt sei, dass für jugendliche Straftäter bei Kapitalverbrechen ein rechtlicher Anspruch auf einen Pflichtverteidiger bestünde. Im Bereich der Kinderrechte wird positiv hervorgehoben, dass die Einführung des Kinderschutzgesetzes Erfolge zeige. Kritisiert wird jedoch die menschenunwürdige Situation in den Gefängnissen. Positiv bewertet die Delegation die von EU und Weltbank betriebenen Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz des ugandischen Haushalts.

Größte Sorge bereitet jedoch die katastrophale menschenrechtliche, humanitäre und sicherheitspolitische Lage im Norden des Landes.

Die Delegationsmitglieder kritisieren Menschenrechtsverletzungen durch die Lord Resistance Army (LRA) und die ugandischen Regierung sowie die desolate Situation in den Flüchtlingslagern für Binnenvertriebene (IDP-camps). Angesichts des bereits seit etlichen Jahren andauernden Konflikts stellt sich zudem die Frage, inwieweit die ugandischen Regierung an einer Konfliktlösung interessiert ist.

Empfehlungen:

- Auf internationaler Ebene Anstrengungen zur Lösung des Konfliktes im Norden des Landes verstärken und den politischen Druck auf die ugandische Regierung erhöhen.
- Auf Einhaltung der Menschenrechte in Norduganda drängen und Maßnahmen zur Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen implementieren.
- Auf internationaler Ebene dafür einsetzen, dass die ugandische Regierung eine offizielle Anforderung gegenüber dem UNHCR ausspricht, bei der Betreuung der IDP's tätig zu werden, sowie eine entsprechende Projektfinanzierung durch die internationale Staatengemeinschaft sicherstellen.
- Die unterschiedlichen Interessen regionaler und internationaler Akteure im Norden des Landes klären.
- Den Wiederaufbau des infrastrukturellen Bereichs in Norduganda international koordinieren und fördern.
- Die Ansätze zu einer positiven menschenrechtlichen Entwicklung im übrigen Teil des Landes weiter stützen.
- Die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention anmahnen.
- Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz des ugandischen Haushaltsplans stärken, beobachten und die deutsche Unterstützung entsprechend kritisch prüfen.

Im Zusammenhang mit der Nachbereitung der Reise hebt die Delegation das große Engagement des Auswärtigen Amtes, des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit hervor. Es wird zudem ausdrücklich begrüßt, dass sich auch das Kabinett der Bundesregierung mit der menschenrechtlichen und humanitären Lage im Sudan befaßt.

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe wird die Entwicklungen im Sudan und in Uganda weiterhin aufmerksam verfolgen.

Für die hervorragende, flexible und hochkompetente Betreuung bei der Planung und Durchführung der Reise durch die beteiligten deutschen Botschaften, die politischen Abteilungen und das Parlaments- und Kabinettsreferat im Auswärtigen Amt wird ausdrücklich gedankt.

Ergänzung zum Reiseablauf

Schwierigkeiten bei Ein- bzw. Weiterreise (Nordsudan und Darfur)

Die sudanesische Regierung, die den langfristig geplanten Besuch der deutschen Parlamentarier zunächst begrüßt und im Rahmen der Reise- und Programmplanung unterstützt hatte, übermittelte 36 Stunden vor der Abreise die Bitte um Verschiebung der Reise zunächst um eine, wenig später um 2 Wochen. Als Begründung wurde die hohe organisatorische Belastung durch internationale fact-finding-missions in der Krisenregion Darfur genannt. Eine Verschiebung der Reise um 2 Wochen war der Delegation aufgrund der Wahl des deutschen Bundespräsidenten nicht möglich.

Einen Tag vor der Abreise teilte die sudanesische Seite mit, dass die Delegation nicht von sudanesischen Regierungsvertretern empfangen werden könne. Da die übrigen in Khartoum geplanten Gespräche weiterhin zugesagt waren, trat die Delegation die Reise wie geplant an. Am Vorabend der Reise bestätigte die sudanesische Seite auf ausdrückliche Anfrage des Auswärtigen Amtes, Visa- und Einreiseerlaubnis hätten Bestand. Im Flugzeug wurde der Delegation mitgeteilt, dass die sudanesische Seite nun die Visa entzogen und endgültig alle offiziellen Begegnungen abgesagt habe. Die Parlamentarier beschlossen, dennoch die Einreise in Khartoum zu versuchen, um auf EU-, UN-Ebene, mit Menschenrechtsverteidigern und Vertretern internationalen Hilfs- und Nichtregierungsorganisationen die notwendigen Schritte zur Lösung der Krise zu beraten.

Die Einreise der Delegation in Khartoum wurde erst durch massive Interventionen des Auswärtigen Amtes, insbesondere durch Bundesaußenminister Fischer möglich, wofür ausdrücklich gedankt wird.

In Khartoum wurde die Delegation zudem gehindert, die ebenfalls langfristig geplante und mit der sudanesischen Seite abgestimmte 3-tägige Reise in die Krisenregion Darfur anzutreten.

Ogleich alle offiziellen Termine (u.a. Außen- und Justizminister, Parlamentspräsident) abgesagt waren, bemühten sich einzelne Parlamentarier, namentlich die ehemalige Gesundheitsministerin Fatima Abd el Mahmoud, um engen Kontakt und das Ermöglichen weiterer politischer Gespräche. Unterredungen haben stattgefunden u.a. mit Staatsminister Naguib el Kheir, Parlamentsvizepräsident Angelo Benda, den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses und des Menschenrechtsausschusses sowie verschiedenen Oppositionspolitikern.